

PHZ-Konkordat: Luzerner Regierung will schlankere Strukturen für die Lehrerbildung

Der Luzerner Regierungsrat hat sich an seiner Klausursitzung vom 2./3. Juli mit der Struktur der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) befasst und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Zusammenarbeitsform des Konkordats sich nicht bewährt hat, um die Lehrerbildung optimal zu organisieren. Er hat deshalb beschlossen, die Lehrerbildung zukünftig nicht mehr in einem Konkordat, sondern mit einfachen und klaren Strukturen neu zu regeln. Über Verhandlungen mit den Konkordatskantonen soll dieses Ziel erreicht werden.

Die vergangenen Jahre, in denen die PHZ an den drei Standorten Luzern, Zug und Goldau (SZ) in Betrieb ist, haben gezeigt, dass die Studierendenströme vorwiegend in ein urbanes Umfeld ziehen – die heutige unterschiedliche Belegung der drei Standorte zeigt dies deutlich: in Luzern studieren derzeit 1054 angehende Lehrpersonen, in Zug 212 und in Goldau 174.

Die Organisation dieser drei ungleichen Standorte innerhalb eines Konkordats verursacht heute einen hohen Koordinationsaufwand. Der Regierungsrat ist der Meinung, diese Energie sollte besser in die fachliche Entwicklung der Lehrpersonenbildung fließen und will deshalb die Strukturen radikal verschlanken. Die bisherigen Schnittstellen in der Struktur der PHZ könnten abgebaut und der Koordinationsaufwand auf allen Ebenen wirksam reduziert werden.

In diesem Sinne sollen über Verhandlungen mit den Konkordatspartnern neue, stark vereinfachte Strukturen vereinbart und das bestehende Konkordat aufgelöst werden.

Projekt „Optimierung Führungsstruktur PHZ“

Aufgrund der unbefriedigenden Situation mit dem teilschulübergreifenden Betriebskonzept und der teilschulübergreifenden Führungsstruktur läuft seit 2006 im Auftrag des Konkordatsrats ein Projekt zur Optimierung der PHZ, in dem ein neues Konkordat und neue Führungsstrukturen ausgearbeitet wurden. Dabei sollen die drei Ausbildungs-Standorte beibehalten und die Finanzierung neu geregelt werden.

Diese Vorgaben hielt der Regierungsrat des Kantons Luzern nicht für zielführend und er beauftragte deshalb das Bildungs- und Kulturdepartement, zu prüfen, welche Konsequenzen eine Neuregelung der Strukturen hätte, und einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Der jetzt getroffene Regierungsentscheid beruht auf dem nun vorliegenden internen Bericht.

Medienkonferenz vom 8. Juli 2009